

3. Außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung

10. – 11. Dezember 2010, Berlin

Die UNO und das Völkerrecht in den internationalen Beziehungen der Gegenwart

Die Konferenz

Kriegsächtung und Friedenssicherung gehören zusammen. Linke Politik, die Kriege als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ablehnt, steht auch dafür, Alternativen möglich zu machen. Dazu gehören die Bekämpfung der Ursachen für Kriege und internationale Konflikte, die Öffnung alternativer, friedlicher Wege zur Konfliktbearbeitung und –lösung sowie die Schaffung eines internationalen Rahmens für die Konfliktlösung.

Nach dem kalten Krieg gab es berechtigte Hoffnungen auf ein Ende von Kriegsdrohung und Hochrüstung, auf eine friedliche Welt. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. An die Stelle der großen Bedrohung traten „Instabilitäten, Herausforderungen und Risiken“, angesichts derer der Westen die NATO um- und ausbaute und ihr zunehmend globale Aufgaben zuwies. Die Rüstungsausgaben haben weltweit den Höchststand des Kalten Krieges längst wieder überschritten. Krieg wurde wieder zu einem Mittel der Politik gemacht. Deutschland hat mit der Beteiligung an dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 erstmals seit 1945 wieder Krieg geführt. Es folgten die Kriege in Afghanistan und Irak. Dort zeigt sich das Fiasko dieser Politik besonders deutlich. Sie hat weder Demokratie noch Frieden gebracht, die Zahl der Opfer, der Toten und Flüchtlinge steigt ununterbrochen. Von Stabilität kann keine Rede sein.

Das „Recht des Stärkeren“ in den internationalen Beziehungen kann keinen Frieden schaffen. Die Weltprobleme, mit denen wir es im 21. Jahrhundert zu tun haben: Umweltzerstörung, Krankheiten, Migration, Armut, sind nicht durch militärische Gewalt zu bewältigen. Der vielfach zitierte Staatszerfall ist von der Einflussnahme des Westens – etwa in Gestalt von Auflagen des IWF und der Weltbank – nicht zu trennen. Warlords und andere Gewaltherrscher verdienen ihr Geld in der Regel durch Geschäfte mit westlichen Firmen bzw. Abnehmern. Mit Militärinterventionen werden die Folgen der Armut in den Ländern des Südens bekämpft, nicht deren Ursachen.

Eine Alternative bietet nur eine „Stärke des Rechts“. Hier kommen der UNO und dem Völkerrecht besondere Bedeutung zu. Der Bezugsrahmen für eine tatsächlich dem Frieden dienende Außenpolitik können nur die UNO und das geltende Völkerrecht sein. UNO, Völkerrecht und ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit sind sinnvolle und realisierbare Alternativen zu einer militärisch orientierten „Friedens-“ und Sicherheitspolitik. Die dritte außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung greift einen zentralen Gegenstand gesellschaftlicher und linker Debatten auf, der auch eine programmatische Dimension hat.

Programm

Freitag, 10. Dezember 2010

13.00

Eröffnung

Dr. Florian Weis (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Rosa-Luxemburg-Stiftung)

13.15 – 14.00

Eröffnungsvortrag

***Weshalb die Linke Völkerrechtspartei sein muss,
wenn sie Friedenspartei sein will***

PD Dr. Johannes M. Becker (Zentrum für Konfliktforschung, Universität Marburg)

Die UNO-Charta und das Völkerrecht im Ergebnis der Weltkriege des 20. Jahrhunderts und der UNO-Sicherheitsrat

Es gibt wohl keine Epoche in der Geschichte des Völkerrechts seit dem Westfälischen Frieden, die produktiver und fortschrittlicher gewesen ist, als die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende des Kalten Krieges in Europa. Das bedeutet allerdings nicht, dass dieser Fortschritt im Recht sich auch in friedlicheren Beziehungen zwischen den Staaten und einer größeren Achtung vor dem Völkerrecht widerspiegelt. Dieser Widerspruch ist Thema dieser Session.

14.15 – 17.00

- **Sicherheitsrat und Friedensgebot im System der „Vereinten Nationen“**
- **Das Völkerrecht und die Regelungen in Europa nach dem Kalten Krieg**
- **Probleme von Sezession und Selbstbestimmung**

Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Gerhard Stuby (Universität Bremen), Dr. Wladimir Jewsejew (Analyse-Abteilung des Präsidiums der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau), Prof. Dr. Thomas Bruha (Universität Hamburg)

Moderation: Dr. Alexander Neu (Berlin)

Kriegsächtung, Friedensgebot und Kriegsführung im 21. Jahrhundert

Der Nahe und Mittlere Osten sind derzeit die Region mit den stärksten imperialistischen Herausforderungen, den verheerendsten Kriegen und den schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts. Die Fallbeispiele dieser Session beleuchten zudem die Ohnmacht aber auch die Möglichkeiten der UNO für die Friedenssicherung.

17.30 – 19.30

Das Völkerrecht, der UNO-Sicherheitsrat und die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten (Afghanistan, der Irak und der Iran)

Vorträge und Diskussion mit RA Otto Jäckel (Vorsitzender der IALANA – Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen. Deutsche Sektion), Ali Fathollah-Nejad (Universität Münster; School of Oriental and African Studies [SOAS], University of London), Magnus Kutz (Universität Hamburg);

Moderation: Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (WeltTrends, Potsdam)

19.45 – 21.15

Die UNO und das Völkerrecht und der Palästina-Konflikt

Vorträge und Diskussion mit Prof. Dr. Norman Paech (Universität Hamburg), Phyllis Bennis (Direktorin des New Internationalism Project, Institute for Policy Studies, Washington DC); Moderation: Prof. Dr. Karin Kulow (Berlin)

Sonnabend, 11. Dezember 2010

Die Spannung zwischen Souveränität und Menschenrechten

Während die Souveränität das Zentrum des alten überkommenen Völkerrechts ausmacht, wird der Schutz der Menschenrechte vielfach als Fortschritt in der Entwicklung des Völkerrechts angesehen. Ein Spannungsverhältnis oder müssen beide Rechtsnormen miteinander gedacht werden?

10.00 – 11.15

Afrika – die Beispiele Sudan und Westsahara

Vorträge und Diskussion mit Jan van Aken (MdB DIE LINKE), Paul Schäfer (MdB DIE LINKE), Prof. Dr. Werner Ruf (Universität Kassel); Moderation: Prof. Dr. John Neelsen (Universität Tübingen)

11.15 – 12.30

Kaukasus – die Beispiele Südossetien und Abchasien

Vorträge und Diskussion mit Martin Hantke (Informationsstelle Militarisierung - IMI, Tübingen), Dr. Wladimir Jewsejew (Moskau), Wolfgang Grabowski (Botschafter a. D., Berlin); Moderation: Dr. Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel)

Friedliche Regelung von Streitfällen und Maßnahmen bei Bedrohung des Friedens

Die offensichtliche Ohnmacht der UNO bei der Wahrung des Friedens in der Welt und die mitunter scharfe Kritik an ihr können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für sie aktuell keine Alternative gibt. In dieser Session sollen die Möglichkeiten diskutiert werden, die UNO aus den Fesseln der Machtpolitik der großen Staaten zu befreien und ihr Potential für die Friedenssicherung zu entfalten.

13.00 – 14.30

Die Rolle der UNO-Gerichte und der UN-Tribunale

Vorträge und Diskussion mit Gerd Hankel (Hamburger Institut für Sozialforschung), RAIN Susen Wahl (Berlin); Moderation: Dr. Kirsten Jansen (Berlin)

14.45 – 16.45

Kann die UNO zu einem wirksamen Instrument des Weltfriedens werden?

Podiumsdiskussion mit Phyllis Bennis (Washington DC), Prof. Dr. Alexander Buzgalin (Moskauer Staatliche Universität), Sevim Dagdelen (MdB DIE LINKE), Dr. Joelson Dias (Stellvertretender Richter in der Zentralen Wahlkommission Brasiliens, Brasilia), Dr. Hans Voß (Botschafter a. D., Berlin); Moderation: Dr. Erhard Crome (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin)

16.45 – 17.00

Schlusswort